

Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 07. November 2007

Vorlagen-Nr. 07-F-25-0113

***Kürzung der Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten für Hartz-IV-Empfänger
-Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
vom 31.10.2007-***

Laut Presseberichterstattung plant der Bund, seine Beteiligung an den Unterkunftskosten nach dem Sozialgesetzbuch II für 2008 von derzeit rund 4,4 Milliarden Euro auf rund 4 Milliarden Euro verringern, da aufgrund neuer Bestimmungen die Zahl der unterstützten Haushalte gesunken sei. Demgegenüber steht jedoch eine Steigerung der Gesamtkosten für Unterkunft und Heizung zwischen Juli 2006 und Juni 2007 gegenüber dem Vorjahreszeitraum von 12,5 auf 13,6 Milliarden Euro, wovon die bundesdeutschen Kommunen etwa 70 Prozent tragen.

Eingedenk dieser Vorbemerkung möge der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie sich die geplanten Kürzungen des Bundes auf die Ausgaben der Landeshauptstadt Wiesbaden auswirken würden und
2. was die Landeshauptstadt Wiesbaden an Maßnahmen vorsieht, um diese drohenden Einnahmenverluste zu verhindern.

Beschluss Nr. 0359

Der Antrag ist durch den Bericht des Magistrats (Dezernat VI - Stadtrat Goßmann) erledigt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2007

Horschler
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .11.2007

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2007

Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister